

Dieser Artikel bietet zunächst einen Überblick über das Ausmaß von Immigration in OECD-Ländern sowie die wichtigsten Bestimmungsgründe für Immigration. Der ImmigrantInnenanteil in Österreich (8 Prozent der Gesamtbevölkerung im Jahr 2000) gehört zu den höchsten innerhalb Europas.

Von den Einwanderungsländern werden neben Verschlechterungen auf dem Arbeitsmarkt oft auch negative Auswirkungen von Immigration auf die öffentlichen Finanzen befürchtet. Ergebnisse aus der ökonomischen Literatur zu den Auswirkungen von Immigration auf die öffentlichen Finanzen im Einwanderungsland kommen – unter Verwendung unterschiedlicher Methoden – hingegen häufig zu dem Schluss, dass der Nettobeitrag der ImmigrantInnen zum öffentlichen Budget positiv ist.

Wie hoch der (positive oder negative) Nettobeitrag von ImmigrantInnen zum öffentlichen Budget tatsächlich ist, hängt maßgeblich von den sozialen und auch politischen Rechten der ImmigrantInnen ab. Der Artikel beschreibt Ansätze zur Regelung von sozialen Rechten von ImmigrantInnen, die innerhalb der EU bei gegebener Arbeitserlaubnis in etwa jenen der InländerInnen entsprechen. Von politischen Rechten im Sinn einer Teilnahme an öffentlichen Entscheidungsprozessen (z.B. betreffend die öffentlichen Transferausgaben) sind ImmigrantInnen (Angehörige nicht-inländischer Staatsbürgerschaft) jedoch typischerweise ausgenommen. Der Artikel beschreibt einige Ergebnisse aus polit-ökonomischen Studien zu Immigration und öffentlichen Finanzen, die den politischen Entscheidungsprozess mit in Betracht ziehen bei der Analyse der Auswirkungen von Immigration als fiskalpolitische Entscheidungsparameter.